

DRINGLICHE RESOLUTION

Urheber UDC, durch Gregory LOGEAN
Gegenstand HRC: Eine PUK, um Licht ins Dunkel zu bringen
Datum 15/06/2020
Nummer 2020.06.149

Aktualität des Ereignisses

Die chaotische Situation des HRC ist hochaktuell.

Unvorhersehbarkeit

Ein solches Finanzdebakel war nicht vorhersehbar. Weder die Staatsräte noch die Aufsichtskommission haben es kommen sehen.

Notwendigkeit einer umgehenden Reaktion oder Massnahme

Diese Situation muss dringend geklärt werden, damit die nötigen Lehren daraus gezogen werden können und vor allem auch, damit beim HRC wieder Ruhe einkehrt. Es geht hier auch um die Glaubwürdigkeit unserer Institutionen.

Das Spital Riviera-Chablais (HRC) steht vor grossen finanziellen Schwierigkeiten. Die Kantone Waadt und Wallis sahen sich gezwungen, notfallmässig eine Kreditgarantie von 80 Millionen Franken zu gewähren, um es dem HRC zu ermöglichen, seinen finanziellen Verpflichtungen weiterhin nachzukommen. Die definitive Garantie wird den beiden Grossen Räten bis Anfang 2021 unterbreitet, sobald die Endkosten des Baus bekannt sind. Ohne diese Garantie wäre das HRC nicht mehr in der Lage gewesen, seinen kurzfristigen Verpflichtungen nachzukommen. Ohne dass jemand im Vorfeld etwas bemerkt hätte (Direktion, Verwaltungsrat, Staatsräte, Aufsichtskommission), schloss das Spital das Jahr 2019 mit einem Defizit von 18 Millionen Franken statt der vorgesehenen 6 Millionen ab. Die Baukosten ihrerseits sind massiv gestiegen. Die ursprünglich auf 353 Millionen Franken geschätzten Kosten dürften sich in der Endabrechnung gemäss HRC auf beinahe 440 Millionen Franken belaufen (eine Überschreitung von fast 25 %). Ebenfalls ohne die Kantone Waadt und Wallis zu informieren, hat sich das HRC Anfang Jahr bei einer Bank ausserhalb der beiden betroffenen Kantone ein unverbürgtes Darlehen in Höhe von 20 Millionen Franken beschafft, um den Liquiditätsengpass kurzfristig zu beheben. Die interkantonale Aufsichtskommission des HRC, das Verbindungsglied zwischen den Kantonsparlamenten und dem Spital, ist der Ansicht, dass man ihr etwas vorgemacht hat. «Mitte Januar hat man uns gesagt, dass das Ergebnis 2019 praktisch dem Budget entspreche. Drei Monate später hat es sich verdreifacht. Wir fühlen uns total hinters Licht geführt», sagte Kommissionspräsident Olivier Turin im vergangenen Mai im Nouvelliste. In Sachen Personalmanagement verlangten die Gewerkschaften des HRC am 27. Mai eine Erneuerung der Direktion, nachdem sie den beiden Staatsräten am Vortag einen ausführlichen Bericht unterbreitet hatten. Nach dem Rücktritt der Finanzdirektorin und der Krankschreibung der ärztlichen Direktorin reichte der Generaldirektor am 28. Mai seine Kündigung ein. Im Kanton Waadt forderten die FDP, die SVP und die Grünliberalen am 9. Juni vor dem Grossen Rat die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK), um Licht in diese chaotische Situation zu bringen. Nach dem Vorbild der rechten Parteien im Waadtland muss der Walliser Grosse Rat seine Rolle der Oberaufsicht mit den ihm zur

Verfügung stehenden Mitteln wahrnehmen. Von diesen verfügt nur eine PUK über die nötigen Befugnisse, um eine eingehende Untersuchung vorzunehmen.

Schlussfolgerung

Die vorliegende dringliche Resolution fordert die Einsetzung einer PUK, um folgende Punkte gemäss den Artikeln 28 und 133 ff. GORBG vollständig aufzuklären:

- * Führung und Transparenz innerhalb der Projektleitung (Planung, Umsetzung des Baus, Bauaufsicht, Einrichtung und Inbetriebnahme).
- * Informationsaustausch, Beziehungen zwischen den verschiedenen Führungseinheiten (Direktion, Verwaltungsrat, CIC-HRC, Dienststellen, Staatsrat).
- * Kontrolle und Verwaltung der Baukosten sowie eine objektive Begründung für die deutliche Überschreitung. Es geht auch darum zu untersuchen, ob die Planungsbüros zur Verantwortung gezogen werden können.
- * Kontrolle, Überwachung und Validierung der erhaltenen Kredite und Transparenz der entsprechenden Finanzinformationen.
- * Analyse der Gründe, weshalb die Staatsräte und die CIC-HRC nicht umgehend über die besorgniserregende Finanzlage in Kenntnis gesetzt wurden.
- * Analyse des von den Gewerkschaften bei den Staatsräten eingereichten Berichts und gegebenenfalls Ergreifen entsprechender Massnahmen.
- * In Erfahrung bringen, was die Walliser Vertreter im Verwaltungsrat unternommen haben, um eine solche Situation vorwegzunehmen und zu verhindern.